

Am Ende eingeknickt

Vor 100 Jahren kam es in Großbritannien zum Generalstreik. Die Regierung setzte auf eigens ausgebildete Streikbrecher

Von Christian Bunke

Oft in ihrer Geschichte stand die britische Arbeiterbewegung kurz vor dem Generalstreik. Nur einmal kam es bislang auf landesweiter Ebene dazu. Es war am 3. Mai 1926, um 23:59 Uhr, als die Räder in einer Reihe von Schlüsselindustrien, darunter der Transportsektor, Elektrizitätswerke, Chemie, Bau und die Druckereien, still standen. Sie sollten sich erst neun Tage später wieder drehen, nach einer bedingungslosen und bis dahin beispiellosen Kapitulation durch die Führungsspitze des britischen Gewerkschaftsbundes TUC (Trade Union Congress). Gerade deshalb lohnt es sich, einen Blick auf dieses Ereignis zu werfen. Denn der britische Generalstreik von 1926 zeigt das Potential der Arbeitermacht, wenn sie denn mobilisiert wird.

Der britische Generalstreik von 1926 war ein Solidaritäts- und Erzwingungsstreik. Zwei Millionen Menschen nahmen an ihm teil. Mit dem Streik sollten Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen für die Kohlekumpel britischer Bergwerke durchgesetzt werden. Die Zeheneigentümer hatten die Löhne in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg systematisch gedrückt. In den sieben Jahren bis zum Generalstreik hatte sich der Stundenlohn der Kumpel von sieben Pfund auf drei Pfund mehr als halbiert.

Zu allem entschlossen

Hintergrund war die Krise des britischen Bergbaus, der mit der weltweiten Konkurrenz nicht mehr mithalten konnte: Kohle aus Deutschland, Polen oder den USA wurde billiger produziert als im Vereinigten Königreich. Hinzu kam, dass Finanzminister Winston Churchill das britische Pfund an den internationalen Goldstandard gekoppelt hatte. Dadurch wurde das Pfund auf dem Weltmarkt zu einer teuren Währung, was die Exportrate, vor allem auch für Kohle, gewaltig drückte. Hieraus erklären sich die Angriffe der Unternehmer auf die Löhne der Arbeiter. Ihnen ging es darum, die Profitmargen soweit wie möglich auf Kosten der Lohnabhängigen zu erhalten.

Diese Angriffe im Bergbau und anderen Industrien wurden von den Lohnabhängigen nicht stillschweigend hingenommen. Immer wieder kam es in den Jahren nach Ende des Weltkriegs in verschiedensten Branchen und an verschiedenen Orten zu Massendemonstrationen und Revolten. In Schottland ließ die Regierung 1921 zeitweise mit Maschinengewehren bewaffnete Soldaten an den Eingängen der Bergwerke postieren. Im Angesicht eines offenbar zu Massakern entschlossenen Staates sah sich die damalige Führung der Bergarbeitergewerkschaft zum Rückzug gezwungen.

Als im Jahr 1925 die Bergwerkseigentümer die Löhne schlagartig um 25 Prozent kürzten, sicherten die Transportarbeitergewerkschaften ihren Kollegen im Bergbau Unterstützung zu und verweigerten die Beförderung von Kohle. Die Möglichkeit eines Generalstreiks erschien nun realistisch. Dieses Mal war es die Regierung, die sich zum Rückzug gezwungen sah. Sie setzte eine Kommission mit dem Auftrag ein, die Lage der Arbeiter im Bergbau zu untersuchen und Vorschläge zu erarbeiten. In der Gewerkschaftsbewegung wuchsen Hoffnungen darauf, dass die Kommission eine Verstaatlichung der Bergwerke sowie Lohnsteigerungen empfehlen möge. Diese Hoffnung sollte sich jedoch nicht erfüllen. Statt dessen befürwortete die Kommission Anfang Mai 1926 schließlich die ohnehin geplanten Lohnkürzungen und sprach sich gegen eine Verstaatlichung aus.

Die Geschichtsschreibung geht inzwischen mehrheitlich davon aus, dass die Regierung unter Premierminister Stanley Baldwin von Anfang an auf Zeit gespielt hatte. Während die Kommission tagte, arbeitete der britische Staat am Aufbau einer eigenen Streikbrecherorganisation. Diese rekrutierte sich vor allem aus Angehörigen der südenglischen Mittel- und Oberschicht. Sie erhielten eine rudimentäre Ausbildung im Führen von Lastkraftwagen und Straßenbahnen sowie in anderen Funktionen des öffentlichen Lebens. Rund 100.000 Personen waren zu ihrem Höhepunkt Teil dieser Streikbrecherbrigaden, in deren Reihen sich auch Faschisten organisierten.

In der Führungsspitze des TUC war der Generalstreik umstritten. Viele Vorstandsmitglieder arbeiteten offen dagegen. Sie gaben sich betont staatstragend und suchten ihr Heil ausschließlich in der parlamentarischen Arbeit anstatt in der Organisation von Massenkämpfen. Als jedoch die Druckereiarbeiter der nationalkonservativen Tageszeitung *Daily Mail* begannen, die Veröffentlichung von Anti-Streik-Propaganda zu verhindern, galt dies in der Führungsebene des TUC als ein deutliches Zeichen des wachsenden Drucks von unten. Denn mit der sogenannten Minderheitenbewegung gab es eine starke Opposition innerhalb der Gewerkschaften. Obwohl sie nur einige tausend Mitglieder umfasste, hatte die junge Kommunistische Partei Großbritanniens eine starke Präsenz innerhalb dieser Bewegung, die zu ihrem Höhepunkt kurz vor Beginn des Generalstreiks eine Million Mitglieder zählte.

Widersprüchliche Linie

Die Politik der Kommunistischen Partei innerhalb der Minderheitenbewegung war widersprüchlich. Einerseits konzentrierte sie sich auf den Aufbau unabhängiger Aktionskomitees in Fabriken und Bergwerken sowie auf die Errichtung von Arbeitereinheiten zum Schutz der Streikenden vor Repressionen oder gewalttätig vorgehenden Streikbrechern. Diese Orientierung in Richtung des Aufbaus autonomer militanter Strukturen kombinierte die KP allerdings andererseits mit dem Aufruf, die Aktionskomitees dem bedingungslosen Diktat des Exekutivrats des britischen Gewerkschaftsbundes zu unterwerfen, also genau jener Körperschaft, die überhaupt kein Interesse an der Durchführung eines Generalstreiks hatte. »Alle Macht dem Exekutivrat des Gewerkschaftsbundes« war der Slogan, der in den Augen der KP zum britischen Gegenstück des russischen Slogans »Alle Macht den Räten« werden sollte. Dies führte während des neuntägigen Generalstreiks zu einem Paradox: In vielen Städten konnten Arbeiter de facto die Kontrolle über das öffentliche

Leben übernehmen. Nichts bewegte sich ohne die vorherige Erlaubnis lokaler Komitees. Gleichzeitig blieb die alleinige Entscheidungsgewalt über Fortsetzung oder Abbruch des Streiks in den Händen der Gewerkschaftsvorstände.

Am 12. Mai erklärte der TUC-Exekutivrat den Streik für beendet, ohne dass irgendwelche Zugeständnisse erreicht worden waren. Die Mehrheit der Arbeiter hielt dies zunächst für eine Falschnachricht, so dass am Tag nach dem offiziellen Streikabbruch mehr Arbeiter die Arbeit niederlegten als an allen vorherigen Tagen. Doch als sich die Botschaft vom Streikabbruch als wahr erwies, entfaltete sie eine zerstörerische Wirkung. Viele der kämpferischsten Arbeiter wurden aus Rache von den Unternehmern entlassen, die Löhne wurden weiter gedrückt. Es dauerte Jahrzehnte, bis sich die britische Arbeiterbewegung von diesem Rückschlag erholte.

Kein Mittelweg

Die konservative Regierung unter Premierminister Stanley Baldwin betrachtete den Generalstreik als eine existentielle Bedrohung für die bürgerliche Klassenherrschaft auf den britischen Inseln. Aussagen führender Politiker der damaligen Zeit machen das deutlich. So erklärte Finanzminister Winston Churchill [am 3. Mai 1926 im Unterhaus](#): »Es handelt sich hier um einen Konflikt, der, wenn er bis zu seinem Schluss durchgeföhrt wird, nur im Sturz der parlamentarischen Regierung oder in ihrem entscheidenden Erfolg enden kann. Es steht kein Mittelweg offen. Entweder die parlamentarischen Institutionen des Landes werden triumphieren, (...) oder es folgt die Errichtung eines Sowjets der Gewerkschaften (...).«

Nach Ende des Generalstreiks analysierte Premierminister Baldwin [am 13. Mai 1926 im Unterhaus](#): »Was immer die Intentionen jener gewesen sein mögen, die die Männer in der letzten Woche auf die Straße gebracht haben: Wären ihre Anstrengungen von vollem Erfolg gekrönt gewesen, hätte dies die komplette Einstellung der Presse und des Transportwesens bedeutet. Unter diesen Umständen, angenommen die Regierung wäre zu diesem Zeitpunkt völlig unvorbereitet auf eine derartige Krise gestoßen, kann keiner von uns sagen, was dann passiert wäre. (...) Wäre die Regierung nicht vorbereitet gewesen, dann hätte es in diesem großen demokratischen Land einen Zustand gegeben, welcher der Anarchie nahekommt.«

<https://www.jungewelt.de/artikel/521895.britische-arbeiterbewegung-am-ende-eingeknickt.html>